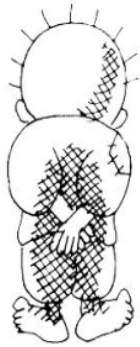


Freitag, 10. Februar 2017, 12.30-13.00



Zürcher Mahnwache für einen gerechten Frieden in Israel / Palästina

Immer jeden zweiten Freitag im Monat.
Gleichzeitig finden Mahnwachen statt in
Bern, Jerusalem und andern Städten Israels.
Nächste Mahnwache: 10. März 2017:
wieder hier am Paradeplatz

**Wir stehen hier für ein Leben in Freiheit und Sicherheit
ALLER MENSCHEN in Palästina und Israel**

Deshalb fordern wir:

- **Keine Diskriminierung:
Gleiches Recht für Israelis und PalästinenserInnen**
- **Ein Ende der Blockade im Gazastreifen**
- **Schluss mit der Besetzung und Auflösung aller
illegalen israelischen Siedlungen in den besetzten
Gebieten**
- **Das Ende der Vertreibungspolitik mit
Häuserzerstörungen und Siedlungsbau**
- **Die Einstellung der Militär- und
Rüstungszusammenarbeit der Schweiz mit Israel und
allen anderen Staaten im Nahen Osten**

WIR DISTANZIEREN UNS VON JEGLICHER FORM VON
ANTISEMITISMUS, ISLAMOPHOBIE UND RASSISMUS

100 JAHRE DANACH:

Das Sykes-Picot Abkommen 1916 Die Balfour Erklärung von 1917

Noch während des 1. Weltkrieges einigten sich die europäischen Kolonialmächte Frankreich und Grossbritannien, wie die voraussichtliche Kriegsbeute aus dem bisherigen Osmanischen Reiches aufgeteilt werden sollte: Libanon, Syrien und Nord-Irak an Frankreich, Palästina und Süd-Irak an Grossbritannien.

1917 erfolgte die Erklärung des britischen Aussenministers Lord Balfour, in der der Wunsch der damaligen zionistischen Führung nach der Schaffung eines eigenen Staates unterstützt wird. Darin wird jedoch auch festgehalten, die Schaffung einer «Heimstätte für das jüdische Volk» dürfe nicht auf Kosten der im Lande lebenden Palästinenser geschehen!

Die Balfour Erklärung lautet:

«Die Regierung Seiner Majestät betrachtet mit Wohlwollen die Errichtung einer nationalen Heimstätte für das jüdische Volk in Palästina und wird ihr Bestes tun, die Erreichung dieses Zieles zu erleichtern, wobei, wohlverstanden, nichts geschehen soll, was die bürgerlichen und religiösen Rechte der bestehenden nicht-jüdischen Gemeinschaften in Palästina oder die Rechte und den politischen Status der Juden in anderen Ländern in Frage stellen könnte.» (Hervorhebung HG)

Die israelische Unabhängigkeitserklärung von 1948 verspricht in diesem Sinne einen offenen, demokratischen Staat. Sie postuliert:

Der Staat Israel wird sich der Entwicklung des Landes zum Wohle aller seiner Bewohner widmen. Er wird auf Freiheit, Gerechtigkeit und Frieden im Sinne der Visionen der Propheten Israels gestützt sein. Er wird all seinen Bürgern - ohne Unterschied von Religion, Rasse und Geschlecht - soziale und politische Gleichberechtigung verbürgen.»

Wir stellen fest:

Auch die militante israelische Siedlungspolitik und die andauernde Enteignung und Zerstörung palästinensischen Eigentums widersprechen eklatant den Grundlagen Israels.

Die ungerechte Besetzung muss aufhören!